



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

außenpolitisch sehen wir den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine mit großer Sorge. Er zeigt, dass wir um die Einhaltung der internationalen Regeln kämpfen müssen. Nicht zuletzt geht es um die zivilisatorische Errungenschaft, Konflikte zwischen Staaten mit völkerrechtlichen und rechtsstaatlichen Mitteln zu lösen. Die territoriale Unversehrtheit ist hierfür unabdingbar - eine Diskussion, die wir mit Russland seit der Annexion der Krim immer wieder führen. Beide Staaten müssen jetzt aktiv zur Deeskalation beitragen. So muss Russland die freie Durchfahrt durch die Wasserstraße von Kertsch sicherstellen und die ukrainischen Matrosen und Schiffe freigeben. Gleichermäßen muss die Ukraine genaue Belege zum Hergang darlegen. Wichtig war in den vergangenen Tagen wie geschlossen, aber gleichermaßen besonnen, die Weltgemeinschaft agiert hat.

Am Mittwoch haben wir im Bundestag mit einer Orientierungsdebatte die parlamentarische Befassung zum Thema der Organspende begonnen. Die Zahl der Spender ist seit vielen Jahren rückläufig, während der Bedarf groß ist. Durchschnittlich warten über 10.000 Menschen auf eine Organspende. Aber obwohl 84 Prozent der Menschen sagen, dass sie sich vorstellen können Organspender zu werden, so haben nur circa 36 Prozent tatsächlich einen Organspendeausweis. Als Politik sind wir deshalb verpflichtet, Gedanken über eine Verbesserung anzustellen. Neben Ansatzmöglichkeiten im Ablauf, wie einer besseren Finanzierung oder dem Erkennen potentieller Spender, existieren verschiedene Vorschläge. Dabei gibt es kein richtig oder falsch. Die Organspende ist eine im höchsten Grad individuell-ethische Frage. Aus diesem Grund ist es so wichtig, das Pro und Contra der Ansätze ausführlich zu debattieren. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat eine Widerspruchslösung in die Diskussion eingebracht. Andere Vorschläge dagegen präferieren eine verpflichtend (wiederkehrende) Befragung, die bei der Beantragung von Ausweisapapieren denkbar ist. Eine breite gesellschaftliche Debatte ist in dieser Frage unabdingbar. Denn ganz gleich welche politische Entscheidung am Ende getroffen wird, die Entscheidung über die Bereitschaft zu einer Organspende wird immer eine zutiefst individuelle bleiben.

Auf den Regionalkonferenzen der CDU stellen sich derzeit Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn der Partei vor. Das Format ist ein voller Erfolg. Über 150.000 Menschen haben die ersten vier Veranstaltungen alleine im Livestream online verfolgt. In Hamburg stellen wir als CDU dann die Weichen für die kommenden 10-15 Jahre. Die vergangenen Wochen haben verdeutlicht, wie sehr sich unsere Mitglieder mit der ganzen Bandbreite der politischen Themen beschäftigen. In Bremen habe ich das gestern nochmal vor Ort gespürt. Das tut uns als Partei gut. Diesen Schwung müssen wir auch nach dem 7. Dezember mit in das kommende Jahr und die dort anstehenden Wahlen nehmen.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin

*Ursula von der Leyen*



## **Sitzungen des Deutschen Bundestages vom 26. bis 30. November 2018**

### **Änderung des Grundgesetzes**

Nach intensiven Beratungen haben wir in dieser Woche eine wichtige Änderung des Grundgesetzes beschlossen. Damit schaffen wir die rechtliche Grundlage dafür, dass der Bund den Ländern und Kommunen für ihre Schulen Geld zur Verfügung stellen kann. In den Digitalpakt Schule investieren wir in den nächsten fünf Jahren fünf Milliarden Euro. Als Union haben wir durchgesetzt, dass das Kriterium der „Zusätzlichkeit“ aufgenommen wird. So ist sichergestellt, dass die Länder mindestens die Hälfte der öffentlichen Investitionen, wie zum Beispiel in den sozialen Wohnungsbau, selbst tragen. Zudem führen wir einen neuen Artikel ein, damit der Bund dauerhaft den Ländern Finanzhilfen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus gewähren kann. Eine weitere Änderung schafft für den Bund die Möglichkeit, in Neu- und Ausbaumaßnahmen im Bereich des Verkehrs zu investieren.

### **Stärkung der Chancen für Qualifizierung und Schutz in der Arbeitslosenversicherung**

Der Bundestag hat in dieser Woche den Ausbau der Weiterbildungsförderung für Arbeitnehmer verabschiedet. Es geht insbesondere darum, denjenigen Beschäftigten die Weiterentwicklung zu ermöglichen, die vom Strukturwandel betroffen sind. Darüber hinaus werden auch Menschen, die einen Beruf mit einem Mangel an Bewerbern anstreben und Beschäftigte mit aufstockenden Leistungen des Staates, profitieren. Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt in Abhängigkeit von der Betriebsgröße Teile der Weiterbildungskosten und gibt Zuschüsse zum Arbeitsentgelt; den Rest finanziert der Arbeitgeber. Der Beitragsatz zur Arbeitslosenversicherung wird zur

Entlastung von Beschäftigten und Arbeitgebern zum 1. Januar 2019 von 3,0 Prozent auf 2,5 Prozent abgesenkt.

### **Förderung des Mietwohnungsneubaus**

Mit einer steuerlichen Sonderabschreibung fördern wir den Mietwohnungsneubau. Diese ist auf im Zeitraum vom 1. September 2018 bis zum 31. Dezember 2021 beantragte Vorhaben beschränkt. Eine räumliche Begrenzung auf bestimmte Gebiete in Deutschland ist allerdings nicht vorgesehen. Das Vorhaben ist Teil der Wohnraumoffensive, mit deren Hilfe in dieser Legislaturperiode insgesamt 1,5 Millionen neue Wohnungen und Eigenheime gebaut werden sollen. Grund für den großen Einsatz der Bundesregierung ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen. Um die Nachfrage durch verstärkten Mietwohnungsneubau zu decken, zielt die Einführung einer Sonderabschreibung darauf ab, insbesondere private Investoren zum Bau preiswerter Mietwohnungen zu animieren.

### **Anpassungen bei der Mietpreisbremse**

Mit der Anpassung wird die „Mietpreisbremse“ in Gegenden mit besonders angespannten Wohnungsmärkten gestärkt. Zugleich schützen wir Mieter vor hohen Modernisierungskosten, die vom Vermieter auf sie umgelegt werden. Durch die Einführung einer vorvertraglichen Auskunftspflicht des Vermieters garantieren wir die Effektivität. Für die Dauer von fünf Jahren gilt für die Vermieter zusätzlich, dass die Abgabe von Modernisierungskosten in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt maximal 8 Prozent pro Jahr betragen darf. Bisher durften 11 Prozent umgelegt werden.

### Fonds „Digitale Infrastruktur“

Mit der Einrichtung des Fonds „Digitale Infrastruktur“ wird eine weitere Maßnahme des Koalitionsvertrages umgesetzt. Mit der milliardenschweren Anschubfinanzierung sorgen wir für einen beschleunigten Ausbau der Internetversorgung in unserem Land. Neben 1,7 Milliarden Euro für den Gigabitnetzausbau stellen wir 720 Millionen Euro für den „Digitalpakt Schule“ zur Verfügung, um flächendeckend eine digitale Infrastruktur in die Schulen zu bringen. Damit ist dieses Gesetz einer von drei Bausteinen zur Digitalisierung der Schulen – neben der Grundgesetzänderung und der Bund-Länder-Vereinbarung zum Digitalpakt. Das Sondervermögen soll zukünftig mit den Einnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen finanziert werden.

### Daten und Fakten

#### Erstmals über 45 Millionen Erwerbstätige in Deutschland

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat sich der Anstieg der Erwerbstätigkeit im dritten Quartal 2018 fortgesetzt. Mit 45,04 Millionen Beschäftigten in Deutschland wurde erstmals seit der Wiedervereinigung die Schwelle von 45 Millionen überschritten. Gründe für den Anstieg um 556.000 Menschen im Vergleich zum Vorjahr sind die gute Arbeitsmarktlage sowie das gute Wetter.

#### Black Friday und Cyber Monday läuten das Weihnachtsgeschäft ein

Mit starken Rabatten, Aktionen und Tiefpreistagen hat der Handel vergangene Woche sowohl on- wie offline Schnäppchenjäger angelockt. Für viele Händler gehören die Aktionstage im November zu den umsatzstärksten des Jahres und geben den Startschuss zum Weihnachtsgeschäft. Eine repräsentative Umfrage des Digitalverbands Bitkom ergab, dass für 83 Prozent aller befragten Online-Käufer

das entscheidende Kriterium für bzw. gegen einen Online-Shop der Preis ist.

### In den Medien

Der BILD-Zeitung habe ich am 25. November ein Interview zur **Zukunft der CDU** gegeben: <http://kurzelinks.de/zwlw>

### Meine Rede

**Meine Rede zur Eröffnung der Berliner Sicherheitskonferenz (27.11.2018):**  
<http://kurzelinks.de/35kl>

### Aus dem Ministerium



Eröffnung der Berliner Sicherheitskonferenz mit dem niederländischen Außenminister Stef Blok

#### Impressum:

Dr. Ursula von der Leyen, MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
[www.ursula-von-der-leyen.de](http://www.ursula-von-der-leyen.de)  
[www.instagram.de/ursulavonderleyen](https://www.instagram.de/ursulavonderleyen)

#### Bildrechtenachweis:

Jan Kopetzky; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundespresseamt; Bundeswehr: Thorsten Kraat;